

Fragen

**für die Fragestunde der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Februar 2015**

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|--|-----------------------------|---|-----------------------------|
| Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 1, 39 | Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 9, 15 |
| Bellmann, Veronika (CDU/CSU) | 5 | Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 17, 18 |
| Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 24, 25 | Movassat, Niema (DIE LINKE.) | 16, 27 |
| Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.) | 31, 38 | Mutlu, Özcan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 37 |
| Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 12 | Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 22, 23 |
| Hänsel, Heike (DIE LINKE.) | 3, 26 | Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 8 |
| Dr. Hahn, André (DIE LINKE.) | 35, 36 | Steinbach, Erika (CDU/CSU) | 4, 34 |
| Höger, Inge (DIE LINKE.) | 10, 11 | Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 32, 33 |
| Hunko, Andrej (DIE LINKE.) | 2, 30 | Vogler, Kathrin (DIE LINKE.) | 21 |
| Jelpke, Ulla (DIE LINKE.) | 28, 29 | Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.) | 6, 7 |
| Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 13, 14 | | |
| Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | 19, 20 | | |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | <i>Seite</i> |
|---|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales .. | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung | 5 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie | 8 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern | 11 |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

1. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie will die Bundesregierung eine Abstufung des Deutschen Instituts für Menschenrechte e. V. (Verlust A-Status nach Pariser Kriterien) vermeiden, und wann wird dem Deutschen Bundestag der entsprechende Gesetzentwurf vorliegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.) Inwiefern haben sich Vertreter der Bundesregierung gegen den von EU-Kommissar Pierre Moscovici vorgetragene Entwurf für eine gemeinsame Erklärung der Eurogruppe, den die griechische Regierung als Gesprächsgrundlage für das Eurogruppentreffen akzeptiert hatte, ausgesprochen, und wer hat nach Kenntnis der Bundesregierung den Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem in der Entscheidung unterstützt, kurzfristig einen anderen Entwurf für eine gemeinsame Erklärung für das Eurogruppentreffen vorzulegen, was nach Angaben der griechischen Seite (www.nachdenkseiten.de/?p=25090) dazu führte, dass keine Einigung erreicht werden konnte?
3. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.) Welche Kenntnis hatte die Bundesregierung vor und während der Verhandlungen im Rahmen der Eurogruppe mit der griechischen Regierung über den Vorgang und den Auftraggeber des Vorgangs, dass laut Medienberichten (ZEIT ONLINE vom 18. Februar 2015) ein Erklärungsentwurf von EU-Kommissar Pierre Moscovici, den die griechische Regierung als akzeptabel bewertete, kurz vor Beginn der Sitzung am Montag, den 16. Februar 2015 von Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem zurückgezogen und durch ein eigenes Papier ersetzt wurde, und hat die Bundesregierung dieses Vorgehen selbst aktiv unterstützt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

4. Abgeordnete
**Erika
Steinbach**
(CDU/CSU)

In wie vielen Fällen wurden die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Feststellung der erfolgten Heimreise (etwa durch einen Abgleich der Reiselisten der Busunternehmer mit den Antragsstellungen) wieder eingestellt?

5. Abgeordnete
**Veronika
Bellmann**
(CDU/CSU)

Inwiefern wird der Diskrepanz zwischen dem gemäß § 44c Absatz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) vorgegebenen Betreuungsschlüssel zur Eingliederung in Arbeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bis Vollendung des 25. Lebensjahres von 1:75 und ab Vollendung des 25. Lebensjahres von 1:50 und den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln mit entsprechender Anpassung derselben Rechnung bei der Mittelzuweisung getragen, und wie wirkt sich das auf den Rückgang in der nach mir vorliegenden Informationen bisher üblichen Praxis aus, Mittel aus den für Maßnahmen für Langzeitarbeitslose bereitstehendem Eingliederungstitel in den Personaltitel des Verwaltungshaushaltes des jeweiligen Jobcenters umzuschichten?

6. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)

Wie hoch liegt nach den jüngsten verfügbaren Daten die monatliche bedarfsdeckende Bruttoentgeltsschwelle für alleinstehende Beschäftigte, um die Leistungsberechtigung nach dem SGB II zu überschreiten (unter der Berücksichtigung der Lohnsteuerklasse I und einer Kirchenmitgliedschaft sowie des Erwerbstätigenfreibetrages), wenn man die derzeit durchschnittlich anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung (bundesweit) heranzieht?

7. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)**
(DIE LINKE.)

Welches sind die fünf Regionen mit den höchsten und den niedrigsten anerkannten Kosten der Unterkunft und Heizung, und wie hoch liegt jeweils dort die Bruttoentgeltsschwelle?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

8. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was genau ist Inhalt der „deutschen Haltung“, die in der Pressemitteilung 53/15 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 11. Februar 2015 genannt wird, in Bezug auf die Verhandlungen zur EU-Öko-Verordnung, und welches Ziel genau möchte Bundesminister Christian Schmidt bei den Verhandlungen zum Vorschlag einer Revision der EU-Öko-Verordnung der Europäischen Kommission erreichen?
9. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen des Indikatorenberichtes zur Strategie der biologischen Vielfalt 2014 mit Blick auf die anstehende Novellierung der Düngeverordnung sowie der Änderung des Düngegesetzes, und wird sie den im Referentenentwurf vorgeschlagenen Grenzwert für den erlaubten Stickstoffüberschuss anpassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

10. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten sind nach Kenntnis der Bundesregierung bisher bei der Einrichtung der Kampfstadt Schnöggersburg sowie der damit verbundenen Infrastruktur und technischen Ausstattung auf dem Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Colbitz-Letzlinger Heide insgesamt angefallen, und mit welchen weiteren Kosten wird bis zur Fertigstellung gerechnet?
11. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welche Kosten sind für den Betrieb des GÜZ in der Colbitz-Letzlinger Heide bisher angefallen, und mit welchen Kosten wird bis zum Jahr 2020 jährlich gerechnet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

12. Abgeordneter
**Matthias
Gastel**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die Stuttgart-21-Planung für den Fildertunnel (Planfeststellungsabschnitt 1.2) erst seit wenigen Tagen zusätzlich zum bisher vorgesehenen Zugsicherungssystem ETCS (European Train Control System) auch die konventionelle Technik für S-Bahnen umfasst, obwohl dieser Tunnel seit Langem als Ausweichstrecke für den S-Bahn-Verkehr für den Fall einer Sperrung des S-Bahn-Tunnels zwischen den Haltestellen „Österfeld“ und „Hauptbahnhof“ vorgesehen ist, der Tunnel aber ohne die herkömmliche Technik von den S-Bahnen gar nicht genutzt werden kann, und wer trägt nach Kenntnis der Bundesregierung die Mehrkosten für die zusätzliche Ausstattung des Tunnels mit konventioneller Zugsicherungstechnik?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

13. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern stehen für die Atomkraftwerke Gundremmingen B und C bezüglich der Beherrschung des sogenannten Sumpfsiebproblems noch Nachweise, insbesondere zu Verunreinigungen in der Kondensationskammer, aus (gegebenenfalls bitte mit Angabe der Gründe; vergleiche hierzu die Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 110 auf Bundestagsdrucksache 18/412), und welches Vorgehen ist gegebenenfalls für noch fehlende Aspekte der Nachweisführung vorgesehen (bitte möglichst mit Zeitplan und konkreten Eckdaten bzw. Meilensteinen)?
14. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen deutschen Atomanlagen stammen die Materialproben (bitte mit genauer Angabe des Funktionsbereichs, bspw. Reaktordruckbehälter), die bis April 2015 von dem belgischen AKW-Betreiber Electrabel ebenfalls untersucht werden sollen (vgl. Onlineartikel „Doel 3/Tihange 2: new update“ der belgischen Atomaufsicht vom 13. Februar 2015), und welche Empfehlungen hat der Leiter der belgischen Atomaufsicht Jan Bens gegenüber der Bundesregierung oder den Bundesbehörden geäußert, nachdem es zu einer neuen, weitaus kritischeren sicherheitstechnischen Bewertung der Riss-

bzw. Wasserstoffflockenbefunde in den belgischen Reaktordruckbehältern gekommen ist (vgl. Onlineartikel „Veel meer scheuren in kerncentrales dan gedacht“ der belgischen Zeitung De Redactie vom 13. Februar 2015)?

15. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Fehlen eines Fischerei-Indikators im Indikatorenbericht zur Strategie der biologischen Vielfalt 2014?
16. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welche Position bezieht die Bundesregierung auf EU-Ebene bei der geplanten Biospritreform (insbesondere betreffend a) eine Obergrenze von konventionellen Biokraftstoffen am Gesamtenergieverbrauch im Verkehrssektor, b) eine Beimischungsquote von Bioethanol in Benzin, c) eine Einbeziehung aller Treibhausgasemissionen in die Emissionsberechnung, einschließlich der Emissionen durch indirekte Landnutzungsänderungen sowie d) eine Einführung von verbindlichen Sozialkriterien für die Biospritproduktion), und teilt die Bundesregierung die Einschätzung von OXFAM (www.epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=11146:oxfam-cdu-europaabgeordnete-blockieren-biospritreform-zu-lasten-hungernder&catid=54:-sp-472&Itemid=100198), dass ein erfolgreicher Abschluss der Biospritreform, die den Einsatz von Biosprit und die Beimischung von Bioethanol in der EU begrenzt und klare Sozialkriterien für die Biospritproduktion festlegt, für die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung große Bedeutung hat?
17. Abgeordneter
**Peter
Meiwald**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den Anteil von Mehrweg- und ökologisch vorteilhaften Einweggetränkeverpackungen (Möve) von 47 Prozent im Jahr 2012 (Quelle: Gesellschaft für Verpackungsmarktforschung mbH – GVM –, 2014) auf die in der Verpackungsverordnung angestrebten 80 Prozent zu erhöhen, angesichts der Ankündigung von Coca-Cola, aus dem Mehrwegsystem aussteigen zu wollen (Quelle: Frankfurter Rundschau vom 17. Februar 2015 „Coca-Cola schafft Mehrweg ab“)?

18. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Umwelt- und Arbeitsplatzeffekte erwartet die Bundesregierung bei einem Ausstieg des Marktführers für Erfrischungsgetränke, Coca-Cola, aus Mehrweggetränkeverpackungen bei 0,5- und 1,5-Liter-Flaschen, wie er in der letzten Woche vom Konzern angekündigt wurde, und von einem kompletten Ausstieg von Coca-Cola aus allen Mehrweggetränkeverpackungen, wie er von den Umweltverbänden mittelfristig erwartet wird (Quelle: ebd.)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

19. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass in der Aufstellung der Übertragungsnetzbetreiber nach § 7 der Ausgleichsmechanismusverordnung auch „notwendige Zahlungen für Kreditlinien-Bereitstellung“ in Höhe von rund 16,5 Mio. Euro aufgelistet wurden, und wie erklären sich die Kosten angesichts eines deutlichen Überschusses auf dem EEG-Konto (EEG – Erneuerbare-Energien-Gesetz; siehe www.netztransparenz.de/de/EEG-Konten-%C3%9Cbersicht.htm)?
20. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchem konkreten Grund ist im Referententwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus“ in Artikel 4 Nummer 2 Buchstabe c die Leitung Wahle-Lamspringe als Pilotstrecke für die Erdverkabelung mit einer Strecke von 10 bis 20 km ausgewählt worden, und aus welchem Grund sind andere Leitungen aus dem Energieleitungsausbaugesetz nicht für die Errichtung von Pilotstrecken über derart lange Strecken zur Erdverkabelung vorgesehen?
21. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Welche Vertreter deutscher Wirtschaftsunternehmen haben Uwe Beckmeyer, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, bei seinem jüngsten Indien-Besuch begleitet, und mit welchen Politikern auf der indischen Seite wurden Gespräche geführt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

22. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von Kindersoldaten durch die Konfliktparteien in Syrien (bitte nach einzelnen Kriegsparteien aufschlüsseln)?
23. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Berichte des Magazins „Foreign Policy“, die dem saudischen König Salman ibn Abd al-Aziz eine wesentliche Rolle bei der Finanzierung von Al-Qaida und anderen islamistischen Terrororganisationen zuschreiben (Foreign Policy vom 27. Januar 2015, <http://foreignpolicy.com/2015/01/27/king-salmans-shady-history-saudi-arabia-jihadi-ties/>)?
24. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Im Rahmen welcher konkreten Maßnahmen „setzt sich die Bundesregierung unverändert für Abrüstung und Rüstungskontrolle ein“ (bitte detailliert aufschlüsseln; vgl. Bundestagsdrucksache 18/3887, Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 11), und welche zusätzlichen Maßnahmen erwägt die Bundesregierung hierbei?
25. Abgeordnete
Agnieszka Brugger
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen werden derzeit für den Ausbau des deutschen Engagements für das Peacekeeping im Rahmen der Vereinten Nationen geprüft (vgl. www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150208_BM_M%C3%BCSiKo.html)?
26. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen bzw. Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Forderungen von Mitgliedern des Armed Services Committee im Repräsentantenhaus (Mike Rogers and Mike Turner) nach einer Stationierung von strategischen US-Bombern und US-Atomwaffen in den neuen östlichen NATO-Mitgliedstaaten angesichts der Ukraine-Krise (www.turner.house.gov „The U. S. Must Take Immediate Action to Change Putin’s Calculus“ vom 22. Januar 2015)?

27. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Vorwürfen gegen die EU, jahrelang seien Flüchtlinge in der Ukraine illegal in von der EU in Höhe von 20 Mio. Euro mitfinanzierten Gefängnissen gehalten, zurückgeführt und geschlagen worden (s. Report Mainz vom 13. Februar 2015 und DER SPIEGEL 8/2015 „Europas Türsteher“), obwohl dies internationales Recht verletze, und wird die Bundesregierung darauf drängen, dass diese Praktiken sofort beendet und juristisch aufgearbeitet werden?
28. Abgeordnete
Ulla
Jelpke
(DIE LINKE.)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass in EU-finanzierten Haftanstalten (Gefängnissen, Detention Centers, Temporary Accommodation Centers und vergleichbaren Einrichtungen) für Flüchtlinge in der Ukraine auch Minderjährige eingesperrt werden, und wenn nein, welche konkreten Zahlen (ggf. auch nur Angaben zu einzelnen Haftanstalten) liegen ihr diesbezüglich vor?
29. Abgeordnete
Ulla
Jelpke
(DIE LINKE.)
- Über welche weiteren, außerhalb des EU-Nachbarschaftsprogramms angesiedelten Programme hat die Bundesregierung seit dem Jahr 2010 den Bau, den Betrieb oder die Einrichtung ukrainischer Haftanstalten gefördert (bitte konkrete Beiträge und Summen pro Jahr angeben), und inwiefern hat sie belastbare Hinweise darauf, dass die Haftbedingungen dort besser sind als sie etwa von Human Rights Watch in einem Bericht von Dezember 2010 (Buffeted in the Borderland) geschildert wurden (Erniedrigungen, monatelange Haft, Elektroschocks usw.)?
30. Abgeordneter
Andrej
Hunko
(DIE LINKE.)
- Wie groß war der deutsche Anteil an den bisherigen Finanzhilfen für die Ukraine nach dem Umsturz in Kiew vom 22. Februar 2014 (bitte in Euro angeben), und inwiefern kann die Bundesregierung ausschließen, mit ihrem Anteil der Haushaltsunterstützung effektiv den Krieg gegen die ukrainischen Bürger in der Ostukraine finanziell zu unterstützen?
31. Abgeordnete
Sevim
Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung gegenüber der ukrainischen Regierung bezüglich der Verhaftung des ukrainischen Journalisten Ruslan Kotsaba aus Ivano-Frankivsk in der Westukraine am 8. Februar 2015 durch den ukrainischen Geheimdienst interveniert, der selbst ein Unterstützer des Maidan war, sich aber gegen die Mobilisierungsaktion der ukrai-

nischen Armee sowie die Fortsetzung des Krieges im Osten des Landes ausgesprochen hat und wegen vermeintlichen Hochverrats gefangen gehalten wird, wobei ihm bei Verurteilung bis zu 15 Jahre Gefängnis drohen (www.tagesschau.de/ausland/ruslan-kotsaba-103.html), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Kriegsdienstverweigerung als Form des zivilen Ungehorsams in demokratischen Rechtsstaaten nicht strafrechtlich relevant sein darf, sondern ein gesetzlich verbrieftes Bürgerrecht sein muss?

32. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

War der Bundesregierung während der Waffenstillstandsverhandlungen in Minsk am 12. Februar 2015 bekannt, dass in der Ostukraine in der Stadt Debaltsevo und deren Umgebung ein Großteil der ukrainischen Armee (ca. 8 000 Soldaten) von den Truppen der Separatisten nahezu vollständig eingekesselt und kurz vor der Aufgabe war, und warum hat die Bundeskanzlerin als Teilnehmerin der Verhandlungen nicht auf einer ausdrücklichen und klaren Regelung für diese akute und das Funktionieren eines Waffenstillstandes möglicherweise entscheidende Konfrontationssituation bestanden, um zu vermeiden, dass die militärische Lage wegen Missverständnissen eskaliert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

33. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welches sind die szenetypischen Straftaten nach Auffassung der Bundesregierung, die nach dem Interview des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz von V-Leuten im IS-Milieu (IS – Islamischer Staat) begangen werden dürfen, wenn sie nach Syrien reisen, um Informationen über Personen aus Deutschland zu erhalten über mögliche Terrorpläne (taz.die.tageszeitung, 11. Februar 2015), und soll nach dem von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes vom 6. Februar 2015 über Ausnahmen von der Beendigung solcher Einsätze auch der Behördenleiter oder sein Vertreter entscheiden, wenn V-Leute Straftatbestände von erheblicher Bedeutung verwirklicht haben (§ 9a Absatz 3 Satz 4 des o. g. Gesetzentwurfs)?

34. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu den jeweiligen Zahlen der Hin- und Rückreisen Tausender Kosovaren nach Deutschland in den letzten zwölf Monaten, die in Deutschland einen Asylantrag stellen?
35. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann mit Blick auf den sehr geringen Anteil (rund 0,1 Prozent) des Sports in der bundesdeutschen Wissenschaft, Forschung und Entwicklung (siehe Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bundesbericht Forschung und Innovation 2014, Bundestagsdrucksache 18/1510) der vom Bundesministerium des Innern und anderen Bundesbehörden, den Sportverbänden und der Wissenschaft definierte Forschungsbedarf mit den zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Mitteln abgedeckt werden, und welchen Stellenwert haben dabei die Sportmedizin, die Dopingbekämpfung sowie militärische Forschungsprojekte?
36. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise nützen nach Kenntnis der Bundesregierung die Forschungsergebnisse des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BISp) in Köln, des Instituts für Angewandte Trainingswissenschaft (IAT) in Leipzig sowie des Instituts für Forschung und Entwicklung von Sportgeräten (FES) in Berlin auch der Entwicklung des Breiten-, Schul- und Gesundheitssports, und für welche dieser Sportbereiche gibt es auch (ggf. in Zusammenarbeit mit den Ländern) spezifische Forschungsprojekte?
37. Abgeordneter
Özcan Mutlu
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Kritik des Bundesrechnungshofes an der Leistungssportförderung des Bundes, und welche konkreten Konsequenzen zieht bzw. hat die Bundesregierung aus den Hinweisen des Bundesrechnungshofes gezogen, um Transparenz herzustellen und um die kritisierte monopolartige Stellung des Deutschen Olympischen Sportbundes bei der Verteilung der Fördermittel zu beenden?
38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Änderungen am Erlass des Auswärtigen Amtes vom 4. August 2014 zur Umsetzung des Dogan-Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 10. Juli 2014 bzw. welche gesetzlichen Änderungen sind vor dem Hintergrund des drohenden Vertragsverletzungsverfahrens wegen unzureichender Umsetzung des Urteils geplant (vgl. Bundestagsdrucksache

che 18/4001, Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 29) und des Urteils des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 30. Januar 2015 (Az. 7 B 22.14), und wie weit sind die Prüfungen innerhalb der Bundesregierung seit dem Dogan-Urteil zu der Frage gereift, ob an der Regelung der Sprachnachweise beim Ehegattennachzug festgehalten werden soll (vgl. Bundestagsdrucksache 18/2414, Antwort der Bundesregierung zu Frage 17 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.), auch angesichts des Schlussantrages des Generalanwalts am Europäischen Gerichtshof Maciej Szpunar vom 28. Januar 2015 in der Rechtsache C-579/13, der auch mit Bezug auf die EU-Familienzusammenführungsrichtlinie erklärte, dass Integrationsmaßnahmen keine Erfolgspflichten, keine Pflicht zur Ablegung einer Prüfung und auch nicht den Nachweis eines bestimmten Sprach- oder Wissensniveaus vorsehen dürfen?

39. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie will die Bundesregierung das Vertragsverletzungsverfahren zur Europarechtswidrigkeit von Sprachtests beim Ehegattennachzug vermeiden, und wann wird sie das deutsche Recht an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs anpassen?

